

Adresspendent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 9. Oktober 1926

Nummer 80

Ergebnisse der Prinzipalstagung in Eisenach

III.

„Die sozialpolitische Lage und unsere Lohnsätze“ bildeten zum Schluß des ersten Verhandlungstages der Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Eisenach das Thema für einen Vortrag des Generaldirektors Dr. Woelck. Nach dem Bericht der „Zeitschrift“ (Nr. 74) suchte der Referent in der Hauptsache ein möglich umfangreiches Bild vom Stand der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten zu geben. Er kam zu dem Resultat, daß rund 6 Millionen Personen im August d. J. unter den Begriff der Arbeitslosen zu rechnen waren. Beachtenswert und ebenso charakteristisch bleibt das ernste Bemühen des Referenten, alle Wege ausfindig zu machen, um den Umfang der Arbeitslosigkeit so groß und restlos wie nur irgend möglich zu erfassen. Daß er sich dabei teilweise auf Kombinationen und Schätzungen verlegte, die er bei andern Gelegenheiten, insbesondere wenn sie von Vertretern der Arbeiterchaft angewendet wurden, als irreführend und nicht einwandfrei zu bezeichnen liebte, verdient besondere Erwähnung. Eine schwarzmalerische Tendenz seiner ganzen Darlegungen war unverkennbar. Große Sorge befundete Dr. Woelck nach der Richtung, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung eventuell dazu führen könnte, erwerbslosen gelernten Arbeitern Arbeitsgelegenheit außerhalb ihres erlernten Berufes zu geben; in der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeiter innerhalb ihres erlernten und geübten Berufes sieht er eine befriedigendere Lösung. Dieser Auffassung stimmen wir zu. Aber wir hegen starke Zweifel bezüglich der hierfür erforderlichen Tragkraft der sozialpolitischen Grundzüge des heutigen Unternehmens, und zwar trotz Dr. Silberberg, Dr. Duisberg, Generaldirektor Bögler usw. Gewisse Erfahrungen im Buchdruckgewerbe während einer vergangenen aktiveren Periode der Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft ermuntern nicht zu der Hoffnung, daß im Buchdruckgewerbe auf Unternehmenseite größeres Verständnis für eine sozialpolitische Auswertung des Arbeitsbeschaffungsplanes in unserem Gewerbe vorhanden wäre. Das ergibt sich außerdem noch aus der in Eisenach von Dr. Woelck laut „Zeitschrift“ wie folgt kundgegebenen Ansicht, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht dadurch gefördert werde, daß den Unternehmern immer weitere soziale Lasten aufgebürdet würden. In dieser Hinsicht erwähnte der Referent das neue Gesetz über die Verlängerung der Rindigungsfristen für Angestellte, die Abänderung des Schwerbeschädigtengesetzes mit dem verschärften Einstellungsanspruch, ferner das Knappschaftsgesetz und ähnliche gesetzgeberische Maßnahmen. Trotz alledem hätten die Gewerkschaften immer neue Wünsche. Man denke nur an die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die Entwürfe eines Arbeitsgerichts, Tarifvertrags- und Arbeitschutzgesetzes, den weiteren Ausbau des Betriebsrätegesetzes und ähnliche Programmpunkte!

Aber damit noch nicht genug. Denn „näher ging der Referent auf die Forderung der Gewerkschaften auf Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtfundentag ein. Die neueste Entwicklung zeige, daß nirgends in der Welt der achtstündige Wille nicht nur zur Ratifikation, sondern auch zur ernstlichen Durchführung der sich daraus ergebenden Pflichten erkennbar sei. ... Nur in Deutschland scheine man ernstlich an das Werk gehen zu wollen, anscheinend sogar ohne das Ergebnis der Untersuchungen des Enquete-Ausschusses abzuwarten, dessen 4. Ausschuß bekanntlich die Wirkung von Arbeitszeit und Arbeitslohn auf die Arbeitsleistung zu untersuchen habe. Das Vorgehen der Reichsregierung sei jedenfalls mit großer Sorge zu verfolgen.“

Laut Bericht der „Zeitschrift“ gab Dr. Woelck nach diesen mehr allgemeinen Erörterungen seiner Meinung über die spezielle Lage im Buchdruckgewerbe Ausdruck und mit vielem Zahlenmaterial „einen klaren Überblick über den gegenwärtigen Stand und die Aussichten für die Zukunft“. Er stellte hierbei angelegentlich auf die Behauptung in Nr. 87. des „Korr.“ „richtig“, daß die Reallohn der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht seien. Womit sich der Herr Generaldirektor wieder einmal in ein Gefilde verirrt hat, auf dem er im Laufe der Jahre schon mancherlei Böde geschossen und sich auch im vorliegenden Falle nicht zu knapp verrechnet hat, was wir noch in einer besonderen Beleuchtung dieser Frage deutlicher beweisen werden.

In der Aussprache über dieses Referat des Herrn Dr. Woelck wurde in die gleiche Kerbe gehauen. Ein Redner sah z. B. in dem in Aussicht stehenden Arbeitschutzgesetz große Gefahren für das Buchdruck- und Zeitungsgewerbe. Voraus zu schließen wäre, daß je zahlreicher die Arbeiter dieses Gewerbes sind, desto vorteilhafter es für das Buch- und Zeitungsgewerbe wäre. Sozialpolitisch und wirtschaftlich gleich tiefgehend! Ein anderer Redner machte unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung der Regierung den Vorwurf, daß für deren Entschlüsse heute häufig nicht wirtschaftliche Gründe, sondern parteipolitische Rücksichten maßgebend seien. Wir sind demgegenüber der Ansicht, daß die Reichsregierung und die Regierungen der Länder viel zuviel Rücksicht auf jene Kreise nehmen, die sich eingebildeterweise als sogenannte Wirtschaft bezeichnen und als Interessenvertretungen der privatkapitalistischen Profitwirtschaft die menschliche Arbeitskraft und damit die große Mehrzahl aller Menschen je nach Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wie Handelsware bewerten.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde als offizieller Abschluß dieses Themas neben dem üblichen Dank für den Referenten und den Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins die Notwendigkeit eines dauernden festen Zusammenhaltes des gesamten Gewerbes betont, weil nur hierdurch eine gesunde Grundlage für die Wirtschaftlichkeit der Betriebe geschaffen und erhalten werden könne. Ferner wurde Protest erhoben gegen die Art, wie in neuerer Zeit Gesetze auf sozialpolitischem Gebiete zustande kommen. Jede weitere Belastung müsse unausbleiblich zu schwerster Schädigung der Gesamtwirtschaft führen.

Weder aus dem Bericht der „Zeitschrift“ über diesen Punkt der Tagesordnung der Eisenacher Prinzipalstagung, den wir abschließlich etwas ausführlicher behandelt haben, noch aus dem Inhalt der zuletzt angeführten Entschließung ist etwas Bestimmtes über die Aussichten für die Zukunft zu entnehmen. Eine starke Negation gegenüber allen das Los und die Lage der Arbeiterchaft erleichternden Möglichkeiten bildet den Grundzug dieser Aussprache. Und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die diesbezüglichen Vorschläge des Referenten wie der Diskussionsredner das Licht der Öffentlichkeit nicht nur aus tatsächlichen Gründen zu scheuen haben. Zu diesem Urteil berechtigt uns insbesondere das schon in voriger Nummer erwähnte Rundschreiben des Vorsitzenden des Kreises II (Rheinland-Westfalen) des Deutschen Buchdrucker-Vereins, des bekannten Herrn Ditto. Dieses Rundschreiben betrachten wir als eine so grundsätzliche und objektive Ergänzung zu dem offiziellen Bericht in der „Zeitschrift“ über die „tarifliche Lage“ im Buchdruckgewerbe auf Unternehmenseite, daß wir uns im Interesse der gewerblichen Ordnung verpflichtet fühlen, den ganzen Inhalt dieses Rundschreibens den Lesern des „Korr.“ nachstehend zur Kenntnis zu bringen. Es lautet:

Deutscher Buchdrucker-Verein Kreis II, Köln, Gewerbehau. Köln, den 20. September 1926.

An die Mitglieder des DBV, Kreis II!

Sehr geehrter Herr Kollege!

Gelegentlich der diesjährigen Hauptversammlung des DBV in Eisenach wurde auch die lohnrechtliche Lage eingehend besprochen. Hierbei wurde auch wieder darüber Klage geführt, daß sowohl die an Gehilfen als auch an Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen tatsächlich gezahlten Löhne, und zwar besonders der übertarifliche Teil derselben, die Rentabilität der Betriebe gefährden oder gar die Existenzgrundlage untergraben.

In der Zeit höchster wirtschaftlicher Not, worin wir uns befinden, muß unbedingt Wandel in diesen unhaltbaren Zuständen geschaffen werden und im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebe ein Abbau aller unberechtigten hohen Aufwendungen erfolgen. Wir haben im Laufe des letzten Jahres immer wieder darauf hingewiesen, daß dieser Wandel zunächst nur bei dem über-tariflichen Teil der Löhne, soweit dieser nicht als wirtschaftliche Leistungszuflüge zu bezeichnen ist, einsehen und allmählich durchgeführt werden muß.

Im November vorigen Jahres ist eine umfassende Erhebung über die tatsächlich gezahlten Löhne und über die Höhe der über-tariflichen Löhne veranstaltet worden. Der Hauptvorstand des DBV hat in Eisenach beschloffen, daß eine gleiche Erhebung in diesem Jahre wieder durch die Kreise vorgenommen werden soll, und zwar hauptsächlich zu dem Zwecke, feststellen zu können, ob und welche Veränderungen seit November vorigen Jahres eingetreten sind.

Wir beschließen, diese Erhebung schon bald in die Wege zu leiten und sie auf eine der letzten Oktoberwochen zu beziehen.

Soffentlich wird das Ergebnis der Erhebung ein solches sein, das den in der Einleitung erwähnten immer wiederkehrenden Klagen und den oft von uns ergangenen Anregungen Rechnung trägt.

In Anbetracht der Wichtigkeit der diesjährigen Erhebung möchten wir unsere Mitglieder in ihrem eignen Interesse und im Allgemeininteresse jetzt schon darauf aufmerksam machen, daß nach § 8 Ziffer 7 der Satzung jedes Mitglied zur gewissenhaften Ausfüllung und fristgerechten Rücksendung der zum Zweck statistischer Erhebungen versandten Fragebogen verpflichtet ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Deutscher Buchdrucker-Verein Kreis II
gez. S. Ditto, Kreisvorsitzender.

Sowohl dieses Rundschreiben wie auch der vorausgegangene Bericht über die Stellungnahme zur sozialpolitischen Lage und unsere Lohnsätze auf der Prinzipalstagung in Eisenach bedürfen selbstverständlich noch einiger weiterer Kommentierungen und Schlussfolgerungen. Da dies jedoch den heutigen Artikel allzusehr belasten und eine zweckmäßigere Erfassung erschweren würde, wollen wir lieber vorerst einen Punkt machen und dieser Aufgabe in einem besonderen Kapitel nachtreten. Vorläufig möge es genügen, daß unsere Leser sich darüber unterrichten, daß insbesondere Herr Otto in Rheinland-Westfalen sich verpflichtet fühlt, zunächst für einen Abbau der ohne seinen Segen vielen Gehilfen zuteil gewordenen über-tariflichen Zulagen auf organisierter Grundlage einzutreten. Auch in Berlin bemüht sich ein offizieller örtlicher Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins unter besonderer Spekulation auf die große Zahl der Arbeitslosen, für einen auf Unternehmenseite organisatorisch angelegenen Lohnabbau mit allen Mitteln zu wirken. Es sind jedoch bisher nur wenige Prinzipale auf diese Lockung hineingefallen. Die durch solche Kurzsichtigkeiten in ihre Betriebe hineingetragene Unruhe und Abnahme der Arbeitsfreudigkeit kommen sie in der Regel hundertfach teurer zu stehen als der eingebildete Vorteil eines Lohnabzugs. Und immer noch waren die betreffenden Prinzipale wieder froh, wenn sie alle diesbezüglichen Versuche ihrerseits so schnell wie möglich vergessen machen konnten. Es liegt daher nur im Interesse des gewerblichen und tariflichen Friedens, wenn vor jedem Konditionswechsel die Vorschriften bezüglich Kosteneinholung auf Gehilfen- und Arbeiterseite und fernerhin in vorbildlicher gewerkschaftlicher Disziplin Beachtung finden!

Bundesausschuss für die DGB.

Am 4. und 5. Oktober wurde in Berlin die fünfte Ausschussung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes abgehalten. Der Bundesvorsitzende Theodor Leipart erstattete zunächst Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er teilte unter anderem mit, daß ein besonderer „Gewerkschaftsausschuss für Berufsberatung“ errichtet worden ist, in dem der ADGB und der IFA-Bund mit zusammen sechs, der DGB mit vier und der Gewerkschaftsring mit zwei Delegierten vertreten sein sollen. Ferner ist eine zentrale Einkaufsgenossenschaft zum Vertrieb für Bureau-Materialien und Papier („Büropa“) gegründet worden, deren Geschäftstätigkeit am 1. Oktober begonnen hat. In der Debatte brachten alle Redner zum Ausdruck, daß die Sammlungen für die streikenden englischen Bergleute, an die Leipart in seinem Bericht gleichfalls erinnert hatte, mit Nachdruck fortgesetzt werden müssen. Diese Mahnung fand allgemeine Zustimmung. Am Schluß der Debatte stellte Leipart fest, daß sich der gesamte Bundesausschuss in der Erkenntnis der großen Bedeutung des Streiks in England der in der Diskussion zum Ausdruck gekommenen Auffassung, die Sammlungen mit verdoppeltem Eifer fortzusetzen, anschließt.

Sodann erläuterte und begründete Dr. Broecker Vorschläge über Maßnahmen zum Schutze der älteren Arbeiter. Unter der Wirtschaftskrise leiden die älteren Arbeiter besonders stark, weil die Unternehmer jetzt mehr als sonst geneigt sind, ältere durch jüngere Arbeitskräfte zu ersetzen. Genaue Feststellungen über den Umfang dieser Erscheinung lassen sich nicht machen, aber der Augenschein lehrt, daß die Beschäftigung der älteren Arbeiter doch so groß ist, daß sich besondere Maßnahmen zu ihren Gunsten rechtfertigen. Zu diesem Zwecke ist vor allem entsprechend einzuwirken auf die Arbeitsvermittlung; die Arbeitsnachweise sollen die Möglichkeit bekommen, der Beschäftigung der älteren Arbeiter bei der Stellenvermittlung entgegenzuwirken. Notwendig sei ferner ein gewisser Zwang zur Beschäftigung älterer Arbeiter sowie eine Verstärkung des Schutzes gegen Entlassungen. Diese Gesichtspunkte seien bei der Aufstellung der Vorschläge maßgebend gewesen. In der Debatte wurde die mit den Vorschlägen verbundene Absicht allgemein begrüßt. Einige Redner fordern eine Erweiterung der Vorschläge, andere eine Wänderung ihres Wortlautes. Die Vorschläge wurden an die Vorstände zur weiteren Prüfung überwiesen.

Ferner beschäftigte sich der Bundesausschuss mit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Verteilung von Überstunden. Leipart leitete die Aussprache ein. Angesichts der hohen Zahl der Arbeitslosen sei die Überstundenarbeit, sofern sie nicht infolge besonderer Umstände unumgänglich sei, besonders verwerflich. Die Bekämpfung der Überstunden schließe in sich die Forderung, daß der Achtstundentag nicht überschritten wird. Es sollen in Zukunft nur dann Abweichungen vom Achtstundentag zugelassen werden, wenn dringende Notfälle vorliegen oder wenn Überstunden zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitszeugnissen erforderlich sind. Die Feststellung eines Arbeitszeitgesetzes können die Gewerkschaften nicht abwarten. Sie müssen daher, um der dringenden Not der Arbeitslosen so schnell wie möglich zu begegnen, ein Notgesetz fordern. Aber auch die Verabschiedung eines solchen erfordert Zeit, weshalb sich der Bundesausschuss auch an die Verbände wenden muß, damit sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Häufung der Überstunden entgegenzutreten.

Der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung beim Bundesvorstand, Spließ, der Leiparts Ausführungen ergänzte, legte dar, daß in den letzten Monaten keine so irgendetwelchen Hoffnungen berechtigende Verringerung der Arbeitslosigkeit eingetreten sei. Voraussetzungen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes lassen sich zwar nicht einmal für die nächste Zukunft machen, aber es liegen zahlreiche Gründe zu einer sehr ernsthaften Beurteilung der Lage und damit genügend Gründe zur Durchführung schnell wirkender Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vor. Da der Widerstand der Unternehmerverbände gegen die baldige Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes groß ist, ist es notwendig, die deutsche Weisungsbefugung jetzt sofort zu einer Festlegung der Arbeitszeitfrage durch ein Notgesetz zu drängen, das eine Forderung der Gewerkschaften entsprechende Regelung in entscheidenden Punkten vorwegnehmen soll.

In der sehr eingehenden Debatte wandten sich die Redner verschiedener Verbände vor allen Dingen gegen den Mißbrauch, der mit dem Begriff Arbeitsbereitschaft in einer Reihe von Berufen des Verkehrgewerbes, der kraft-erzeugenden Industrie sowie im Gasthaus- und Friseur-gewerbe getrieben wird. Die in der Entschärfung aufgestellten Forderungen sollen durch entsprechende Änderungen der geltenden Arbeitszeitverordnung verwirklicht werden.

Der Bundesausschuss nahm einstimmig folgende Entscheidung an:

I. Als Folgeerscheinung der völlig verfehlten und von den Gewerkschaften bekämpften geltenden Arbeitszeit-regelung haben wir heute eine teilweise unmäßige Ausdehnung der Arbeitszeit und ein unerträgliches Über-stundenwesen, während zugleich etwa zwei Millionen Menschen die Möglichkeit zur Bewertung ihrer Arbeits-kraft nicht finden können und statt dessen der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Dieser furchtbare Zustand, der bei weiterem Fortbestehen der geltenden Arbeitszeit-verordnung chronisch zu werden droht, hat mit Recht

Empörung und Unwillen unter Arbeitslosen und Arbeitenden hervorgerufen.

Es ergibt sich daher die zwingende Forderung, eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglich-keit dadurch herbeizuführen, daß die regelmäßige Arbeits-zeit sofort auf das von den Gewerkschaften auch aus vielen anderen Gründen stets geforderte Höchstmaß von acht Stunden täglich zurückgeführt wird. Die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Arbeits-möglichkeit ist auch im Reichsarbeitsministerium bereits infolgedessen anerkannt worden, als im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung von dort Überstunden als un-erwünscht bezeichnet wurden. Um so mehr muß ener-gischer Protest dagegen erhoben werden, daß bis in die jüngste Zeit noch Schiedsprüfung geführt und sogar für verbindlich erklärt worden sind, die den Arbeitern eine längere als achttündige Arbeitszeit aufzuzwingen.

Angesichts der katastrophalen Entwicklung der Arbeits-losigkeit ist es für die Gewerkschaften unerträglich, eine den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechende, vernünftige Arbeitszeitregelung von dem zweifelshaften Ausgang der Beratung eines allgemeinen Arbeitszeitgesetzes abhängig zu machen. Der Bundesausschuss fordert daher eine sofortige Regelung durch ein Notgesetz, das den Acht-stundentag wiederherstellt.

II. Angesichts der großen und langandauernden Ar-beitslosigkeit ist es nicht zu verantworten, daß trotzdem in vielen Betrieben die reguläre Arbeitszeit noch durch Mehr- und Überstunden verlängert wird. Der Bundes-ausschuss verpflichtet deshalb alle Verbände, diejenem An-wesen auch aus eigener Kraft mit geeigneten Maßnahmen energisch entgegenzuwirken. Er fordert die gesamte Ar-beitererschaft auf, durch die Unterstützung dieser Bemühun-gen Solidarität an den erwerbslosen Arbeitsbrüdern zu üben.

Im Auftrage des Bundesvorstandes erstattete sodann Schlimme den Bericht der Kommission zur Vereinfachung der gewerkschaftlichen Verwaltungsein-richtungen. Er erinnerte an den Beschluß einer früheren Bundesausschussung, durch den die Kom-mission eingesetzt wurde, und schickerte die Arbeits-weise. Das Einheitsmitgliedsbuch wird im nächsten Jahre von 27 Verbänden eingeführt sein. Die Kom-mission hat den Verbänden zunächst Maßnahmen zu einer Finanzreform zwecks Stärkung des Kampf-fonds vorgeschlagen. Sie hatte außerdem die Aufgabe, An-gelegenheiten zur Änderung der Satzungen zwecks Herbei-führung einer Einheitslichkeit der Beiträge wie der Lei-stungen der Verbände und einer Vereinfachung der Ver-waltungsausschüsse zu geben. Die Vorschläge der Kom-mission, die der Referent im einzelnen erläuterte, beziehen sich vor allem auf die Höhe des Beitrittsgebüses und die Staffelung der Beiträge sowie auf ihre Verteilung auf die Orts-, Gau- und Hauptklassen, werden sich aber auch aus-dehnen auf den Aufbau der Unterstützungs-einrichtungen und die Höhe der Unterstützungs-sätze. Mit allen Vor-schlägen der Kommission, die den Verbandsvorständen be-reits schriftlich zugegangen waren, haben sich die Mehrzahl der Verbände mit der Mehrzahl der Mitglieder einver-standen erklärt. Im Anschluß an die Ausführungen Schil-mmes erklärte Leipart, daß die Vorschläge der Kommission als einseitige Richtlinien zu betrachten seien. Durch ihre Anerkennung soll nicht sofort verbindliches Recht geschaf-fen werden. Vielmehr wird den Verbänden eine Übergangs-frist zu ihrer Durchführung eingeräumt werden. Der Bun-desausschuss beschloß dementsprechend, daß die Vorschläge der Kommission als Richtlinien zu gelten haben, die mög-lichst bald von allen Verbänden durchgeführt werden sollen, ein Zwang dazu kann jedoch nicht ausübt werden.

Streikrecht und Gewerkschaften

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Ge-werkschaftsbundes läßt durch die sozialistische Tagespresse folgende Abwehr gegen kommunistische Demagogie ver-breiten:

„Die kommunistische Presse bringt fortlaufend, und zwar immer dann, wenn die Gewerkschaften einen Streik, den sie nach Ansicht der kommunistischen Partei führen sollen, nicht durchführen, längere Artikel, in denen die Gewerkschaften in demagogischer Weise angegriffen werden. Regelmäßig werden folgende Behauptungen aufgestellt:

1. Der ADGB wolle das Streikrecht der Arbeiter be-seitigen,
 2. der ADGB sei zu dieser Maßnahme infolge seiner Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern verpflichtet, und
 3. das geltende Arbeitsrecht verbiete den Gewerkschaften in keiner Weise, gegen einen Zwangstarif den Streik aus-zurufen und Streikunterstützung zu begehren.
- Die Gewerkschaften sind durchaus selbständige Kör-per-schaften, die sich vor keiner politischen Partei zu recht-fer-tigen brauchen. Außerdem ist es vollkommen ausichts-los, die kommunistische Partei aufzuklären, da diese ihre falschen Behauptungen wissenschaftlich aufstellt und nicht daran denkt, sich eines Besseren belehren zu lassen, weil sie glaubt, nur durch demagogische Mittel ihre Ziele erreichen zu können.
- Demit die Gewerkschaftsmitglieder sich gegen derartige Verleumdungen wehren können, seien hier die wirklichen Tatsachen festzulegen:
1. Niemals hat der ADGB, oder haben die Gewerkschaften irgendwo auf das Streikrecht verzichtet wollen. Im Gegenteil, der Streik wird nach wie vor als die schärfste Waffe der Gewerkschaften angesehen, die ange-wendet werden muß, wenn es unbedingt notwendig ist.

Daher lehnen die Gewerkschaften jede Befinderung in der Anwendung dieses letzten Kampfmittels unter allen Um-ständen ab. Daß das geltende Schlichtungswesen allerdings die Anwendung des Streiks immer dann unmöglich macht, wenn durch die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsprüches ein Zwangstarif entstanden ist und daß infolgedessen eine Ein-schränkung der Streikfreiheit besteht, darauf haben die Gewerkschaften die Arbeiter immer wieder hingewiesen. In den Jahrbüchern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1924 und 1925 ist dies in dem Kapitel „Schlichtungswesen“ besonders eindringlich ge-schrieben. Wären nicht nur ein Teil, sondern die Mehrzahl der Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften, dann würden die Gewerkschaften auf die Zwangstarife verzichten können. Aber auch dann würden die Gewerkschaften zu keinem Streik aufrufen, der sich gegen den Bestand eines geltenden Tarifvertrages richtet, weil zu den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung die Tariftreue unbedingt gehört.

2. Es ist selbstverständlich absoluter Unfug, wenn be-hauptet wird, daß die Gewerkschaftsführer, insbesondere die ADGB-Führer, auf den Streik verzichten müßten, weil sie sich den Unternehmern gegenüber hierzu verpflichtet hätten. Die Gewerkschaften haben sich in gar keiner Weise gegenüber den Unternehmern zur Aufgabe oder Preisgabe irgendwelcher Arbeiterrechte verpflichtet. Das war selbst zu der Zeit nicht der Fall, als die Zentralarbeitsgemein-schaft bestanden hat und ist heute erst recht nicht der Fall. Das Wesen der freien Gewerkschaften schließt es geradezu aus, daß sie etwa den Unternehmern zuliebe Arbeiterrechte preisgeben können. Wenn Rechte vorübergehend preis-gegeben werden müssen oder neue Rechte nicht er-zungen werden können, so ist dies immer nur allein darauf zurück-zuführen, daß die Arbeiterklasse den Wert der Gewerkschaften nicht genügend erkannt hat und daß Millionen Arbeiter keine Gewerkschaftsmitglieder sind. Aber irgend-welche Verhandlungen kommen niemals in Betracht.

Infolgedessen ist es eine gemeine Verleumdung, wenn die kommunistische Partei immer wieder die Behauptung aufstellt, daß die Gewerkschaftsführer die Arbeiter-rechte an die Unternehmer verkaufen. Jeder Gewerkschaftler hat die unbedingte Pflicht, derartige Behauptungen ent-schieden zurückzuweisen.

3. Die behauerlichste Fälschung der Arbeiterklasse be-steht nun darin, daß die kommunistische Presse immer wieder darauf hinweist, die heutige „Rechtsslage“ ver-pflichte die Gewerkschaften nicht, Streiks gegen Zwangstarife zu unterlassen. Auch hier ist es überflüssig, gegen die Kom-munistische Partei zu polemisieren, denn ihre Behauptungen sind unsinnig und werden wider besseres Wissen erhoben. Außerdem sind kommunistische Partei und Rechtsslage gegenwärtige Begriffe. Unter „Rechtsslage“ verstehen die Kommunisten, immer das, was ihnen gerade in den Kram paßt. Was in dem Sinne, in welchem die deutschen Arbeiter leben, rechtens ist, spielt für die Kommunisten gar keine Rolle.

Strafrechtlich sind in Deutschland Streik und Aussperrung regelmäßig nicht verboten. Es gibt auch keine zivilrecht-liche Haftung der einzelnen Arbeiter wegen Tarifbruchs. Wohl aber gibt es eine zivilrechtliche Haftung der einzelnen Arbeiter bei dem Bruch des Arbeitsvertrages, zum Beispiel bei Streik unter Nichteingaltung der arbeits-vertraglichen Kündigungsfrist. Dagegen haften die Ge-werkschaften für Tarifbruch, und es macht hier keinen recht-lichen Unterschied, ob es sich um einen frei vereinbarten Tarifvertrag oder um einen Zwangstarif handelt. Die ganze Verbindlichkeitsklärung wäre ja auch sinnlos, wenn ein Unterschied bestehen würde.

Nach § 50 der Zivilprozessordnung können auch die nicht rechtssfähigen Vereine für ihre Handlungen haftbar gemacht werden, und es liegen Urteile vor, die den Gewerkschaften einen Schadenersatz auferlegen. Trotzdem ist die Rechtsslage für die Gewerkschaften nicht ungünstig, denn sie haften aus §§ 320 ff. BGB. nur für Handlungen, welche sie jagungsgemäß vorgenommen haben, nicht aber für Hand-lungen ihrer Erfüllungsgeschiffen, also einzelner Gewerkschaftssekretäre oder Streikleitungen oder Streikposten, die nicht dazu beauftragt waren. Hier können sich außerdem bei unerlaubten Handlungen die Gewerkschaften nach § 831 BGB. aus der Haftung befreien, wenn sie nachweisen, daß sie bei der Bestellung der Erfüllungsgeschiffen die nötige Sorgfalt walteten ließen. Dagegen können die rechtssfähigen Vereine nach § 31 BGB. für alle Handlungen ihrer jagungs-mäßigen Erfüllungsgeschiffen verantwortlich gemacht werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie diese Handlungen ver-an-lasst haben oder nicht.

Der deutsche Juriststand, der im September 1916 in Köln a. Rh. stattgefunden hat, hat sich ja gerade mit dieser Frage beschäftigt. Nach dem vom Juristentag mit ganz geringer Mehrheit angenommenen Beschluß sollen die Gewerkschaften den rechtssfähigen Vereinen gleichgestellt, also für alle Handlungen ihrer Erfüllungsgeschiffen ohne weiteres verantwortlich gemacht werden. Dagegen werden sich die Gewerkschaften mit aller Energie wehren, denn es besteht keine Veranlassung, die Gewerkschaften, die ihrer Natur nach tariffrei sein müssen, weil sie sonst ihre Auf-gaben nicht erfüllen können, einer derartigen weitgehenden Haftung zu unterstellen.

Daraus ergibt sich aber mit zwingender Logik, daß die Gewerkschaften gegen freie Tarifverträge und gegen Zwangstarifverträge nicht streiken und keine Streikunter-stützung gestatten können. Wenn trotzdem die betroffenen

Arbeitergruppen selbständig in einen Streik treten, dann untergraben sie durch ihre Disziplinlosigkeit die Macht der Gewerkschaften und damit der Arbeiterklasse, weil die Gewerkschaften dann gegenüber den Unternehmern keine Partei mehr darstellen, die in der Lage ist, übernommene oder auferlegte Verpflichtungen auch einzuhalten. Eine solche Schwächung ihres Ansehens können die Gewerkschaften auch grundsätzlich nicht gutheißen. Dagegen muß vom Reichsarbeitsminister verlangt und erwartet werden, daß er und seine Schlichtungsbehörden die sozialen Interessen der betroffenen Arbeiterschichten bei Schlichtungsprüfungen und Verbindlichkeitsverhandlungen wahrnehmen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung weiß aus jahrzehntelanger Erfahrung, daß in der Entwicklung auch Rückschläge unausbleiblich sind. Derartige Rückschläge werden in dem Maße vermindert, wie die Arbeiter die Notwendigkeit der Gewerkschaften einsehen und Gewerkschaftsmitglied werden. Dann werden die Gewerkschaften auch in der Lage sein, für die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung einzutreten, und dann besteht die Streikfreiheit im Rahmen der sittlichen Staatsgrundsätze unbeschränkt.

Gewerbehygienische Tagung

Am 17. und 18. September fand im Kurhaus in Wiesbaden die Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene statt. Die Gesellschaft wurde 1922 in der Hauptsache von den Interessenten der chemischen Industrie ins Leben gerufen. Durch die Anteilnahme der freien Gewerkschaften an den Bestrebungen der Gesellschaft hat diese im Laufe der Jahre ein andres Gesicht bekommen. Und es war erfreulich, auf der diesjährigen Hauptversammlung unter den etwa 300 Teilnehmern neben Vertretern der verschiedensten Ministerien, der medizinischen und technischen Wissenschaft, der Industrie und der öffentlichen Versicherungsträger ungefähr 50 Vertreter der freien Gewerkschaften feststellen zu können. Diese Tatsache wurde auffallend bemerkt und ist ein Zeichen dafür, daß in den Gewerkschaftskreisen der außerordentlich wichtigen, in früherer Zeit immer vernachlässigten Frage der Gewerbehygiene ein etwas steigendes Interesse entgegengebracht wird. Wenn eine solche Tagung für die einzelnen Gewerkschaften nicht immer in das Gebiet der Gewerkschaft fallende Fragen zur Erörterung stellt, so bietet das dort Vortragene doch viel Interessantes und Neues, das bei irgendeiner passenden Gelegenheit den Gewerkschaftsvertretern von Wichtigkeit sein kann. Daß die Gesellschaft Wert auf die Mitarbeit der Gewerkschaften legt, zeigt die Tatsache, daß Vertreter der Gewerkschaften im Präsidium der Gesellschaft sitzen und demnach auch die einzelnen Ausschüsse mit Gewerkschaftsvertretern besetzt werden sollen. In der der Tagung vorausgehenden Vortragsrede der Vertreter der freien Gewerkschaften wurde das Verhältnis der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene zu den Gewerkschaften einer regen Aussprache unterzogen und im weiteren die Wege besprochen, die zur Förderung der Interessen der Arbeiterschaft im Rahmen der Bestrebungen der Gesellschaft eingeschlagen werden sollen.

Das Verhandlungsthema des ersten Tages war „Arbeit und Ermüdung“, zu dem Professor Dr. A. H. L. J. Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, den einleitenden Vortrag über „Physiologie der Ermüdung“ hielt. Er führte unter anderem aus, daß die Kräfte unserer Zeit das allgemeine Interesse auf die amerikanischen Betriebsmethoden gelenkt haben. Vom Taylorismus, nach dem man sich zu streben hat, was die Kräfte der Wirtschaft die Gesundheit unserer Verhältnisse. Bei der Betrachtung der amerikanischen Verhältnisse dürfte man aber nicht außer acht lassen, daß Amerika einen immer währenden Strom unverbrauchter Arbeitskräfte aus dem Ausland bekommt. Nach einigen Jahren sind diese Arbeitskräfte infolge der drüben herrschenden Arbeitsweise ruhmlos, die, nachdem sie der amerikanischen Industrie genützt haben, in die Heimat zurückwandern. Fordismus bedeutet Abnutzung der Arbeitskraft, das Verschwinden der gelebten Arbeiter und Schaffung eines großen Heeres von Arbeitslosen. Die Rationalisierung ist zu begrüßen, sie muß aber noch systematisch weiter entwickelt werden. Eine zu weitgehende Intensivierung der Arbeit aber, wie sie in amerikanischen Fabriken vorkommt, eignet sich nicht für europäische Verhältnisse. Im Interesse unserer Volkswirtschaft sollten wir uns bemühen, den menschlichen Arbeitsprozeß so zu gestalten, daß unter einem Minimum von Energieaufwand Maximalleistungen erzielt werden können. In einem instruktiven Beispiel wies der Vortragende nach, daß es nur wenige Methoden zur Nachweisung über die ungefähre Ermüdung gibt. Eine Ermüdung braucht an sich nicht schädlich zu wirken. Nur wenn sie sich auf ein enges anatomisches Gebiet erstreckt, kann sie gefährlich werden. Gerade diese Ermüdungsform gewinnt aber mit der fortgeschrittenen Arbeitsunterteilung immer mehr an Bedeutung. Ihre Bedeutung liegt darin, daß das Befinden des Arbeiters lange Zeit gut sein kann. Trotz der sich immer stärker anhäufenden Ermüdungsreste braucht die Tagesleistung nicht zu sinken. Der Arbeiter hilft sich durch andre Willensimpulse, und die Natur unterstützt ihn, indem sie immer frische Organbezirke in den Arbeitsprozeß mit einbezieht. So bedingt sich die chronische Ermüdungsschwächung auf immer weitere Bezirke aus, bis sie schließlich zum Zusammenbruch führt. Die Haltung der Arme, des Körpers usw. bei der Arbeit, die durch die Arbeitsweise bedingt ist, ist unter allen Umständen ungünstig, mögen die sonstigen Arbeitsverhältnisse noch so

günstig sein. Durch geschicktere Anordnung des Arbeitsprozesses kann der vorzeitigen Ermüdung gesteuert werden. Derartige Untersuchungen werden seit einer Reihe von Jahren in dem Berliner Institut für Arbeitsphysiologie durchgeführt. Die Ergebnisse auf diesem wissenschaftlichen Gebiet sind allerdings noch nicht so weit, um die Arbeitszeit und die Pausen für die Arbeiter danach zu ordnen.

Der erste Vortragsreferent an dem genannten Institut, Dr. Lehmann, machte methodische Bemerkungen zu dem Vortrage des Professors Dr. H. L. J. und zeigte an einer Reihe von Lichtbildern, wie man bestrebt sei, die Messung der Ermüdung zu erreichen. Einwandfreie Methoden zur Ermüdung dieses Zieles gibt es nicht. Die exakte Angabe der schädlichen und unschädlichen Ermüdung stellt allen Methoden. Wenn das erst einmal erreicht ist, dann wird auch die Frage der Arbeitszeit und der Pausen anders geregelt werden können. Die Versuche, eine Apparatur zur Messung der Ermüdung zu schaffen, werden energisch fortgesetzt werden.

Über „Ermüdungsausgleich und Erholung“ referierte Dr. E. L. (Wiesbaden). Die achtstündige Arbeitszeit hält er für das Gegebene. Die Ursachen der Ermüdung des Arbeiters beginnen im Grunde schon in der Einstellung des Arbeiters zu der Arbeit selbst, die mit ihrer bis ins kleinste gehenden Teilung zur Monotonie drängt. Vom Arbeiter verlangte Sonntagsarbeit wird meist widerwillig geleistet, die Nacharbeit bringt größere Ermüdung mit sich, da der Schlaf am Tage nicht die Tiefe des Nachschlafs hat. Von einer Arbeitsperiode werden Ermüdungsgrade in die andere hineingetragen. Die Arbeitsstätten sollten mehr den Ansprüchen der Kultur genügen, um so lieber verrichtet der Arbeiter in einer freundlichen Umgebung seine Tätigkeit. In der Urlaubsgewährung sollte man weitherziger sein, um den Arbeiter von den Tageslasten einmal frei zu machen. Auch die Berufsberatung kann auf dem Gebiete helfen; der Arbeiter mühte an die richtige Stelle gesetzt werden. Alle Erleichterungen technischer Art sollten den Arbeitern gewährt werden. Neben einer gesundheitsgemäßen Ernährung, über welche Ansätze in den Betrieben ebenso besteht, wie Unfallversicherungen, muß den Arbeitern auch eine mechanische Ermüdung nach den Grundgesetzen des Sportes durch Spannung und Entspannung sowie Massage und Bäder nahegelegt werden. Ebenso muß der Schlaf von der Arbeiterschaft höher bewertet werden. Dazu gehört natürlich eine größere Pflege der Wohnkultur und eine Abklärung des Weges zur Arbeitsstätte, der oft drei Stunden in Anspruch nimmt. Dem Alkohol sollte man mehr als bisher den Rücken kehren; er ermüdet und vermindert die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, bei Schriftgelehrten wurde eine Leistungsverminderung von 17 Proz. festgestellt. Dem Wort „Der Jugend gehört die Zukunft“ sollte man durch weitgehende Gewährung von Ferien die notwendige Unterlage geben. Vergeltung der Arbeit bringt Arbeitszufriedenheit, eine richtige Menschenwürde und Menschenbehandlung wird auch Wege zur Kraft und Leistungssteigerung finden ohne Erschöpfung und ohne Raubbau an Volkskraft und Volkswohlfahrt.

Der letzte Referent, Professor Dr. Sachsenberg (Dresden), sprach über „Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung auf dem Gebiet der Ermüdung und ihre Anwendbarkeit auf die Praxis“. Er machte darauf aufmerksam, wie schwierig die Feststellung von Ermüdungserscheinungen für den Betrieb ist und zeigte an einer Reihe von Beispielen, daß die meisten Untersuchungen der Ermüdung entweder versagen müssen, weil sie für weniger gebildete Menschen nicht anwendbar sind, und daß ein anderer Teil der Untersuchungen wegen der Kompliziertheit und Behinderung des Betriebes selbst nicht möglich ist. An Lichtbildern wies er nach, wie auf diesem Gebiete gearbeitet werden müßte. Die Übermüdung ist die Ursache der Mentalität des Arbeiters gegen die heutige Arbeitsweise. Zum Schluß betonte der Referent die außerordentliche Wichtigkeit, die bei der Einführung der modernen Arbeitsverfahren eine Feststellung auch geringerer Ermüdungserscheinungen für den Betrieb hat. In der Ermüdungsfrage stehen wir vor einem großen Tatsachen- und Ursachenkomplex, dem man nur in mühsamer Kleinarbeit bekommen kann.

In der darauf folgenden Diskussion ergriffen Vertreter der Behörden, der Wissenschaft und der Praxis das Wort und gaben wichtige Anregungen für die Fortführung der wissenschaftlichen Erforschung der wirtschaftlich und sozial gleich bedeutsamen Fragen der Probleme der Beziehung zwischen Arbeit und Ermüdung. Um Ermüdung zu bekämpfen, müssen erst die Vorbedingungen geschaffen werden, und hier wurde von den Diskussionsrednern die Wohnungsfrage in den Vordergrund gestellt. Die heutigen Wohnstätten der Arbeiter lassen alles zu wünschen übrig. Sie sind in schlechtem Zustande, ohne genügendes Tageslicht; Sonne kommt in diese Wohnungen fast gar nicht hinein; so daß von einer Erholung zu Hause keine Rede sein kann; müde verläßt der Arbeiter schon seine Haustür. Wenn man für 80 Millionen Deutsche auch 80 Millionen Betten habe, dann erst könne man von uns als einem Kulturvolk sprechen. Die Frage einer ausreichenden und zweckmäßigen Ernährung sei von ausschlaggebender Bedeutung, nicht minder die Frage der Entlohnung. Interessant waren die Ausführungen über die von der Postverwaltung eingeführten Turnpausen bei den Telephonistinnen, mit deren Einführung man sehr gute Ergebnisse bezüglich der Leistungsfähigkeit und des Gesundheitszustandes der Damen gemacht habe. Auch der Pausenfrage sollte man größere Aufmerksamkeit zuwenden; im Zustande der Dinge werde die Frage von kurzen Arbeitspausen mehr erörtert. Dazu sei allerdings

eine Anstellung der Unternehmer notwendig. Charakteristisch war die Mitteilung eines Redners, der einen Unternehmer von der Notwendigkeit derartiger Arbeitspausen überzeugt hatte, von dem Unternehmer aber die Antwort erhielt: „Ich darf nicht, mein Verband hindert mich; Pausen dürfen nicht bezahlt werden. Warme Worte fanden Redner für die Eisenbahnbeamten, deren Arbeitsüberlastung nicht zum wenigsten zu den Unfällen beitrage, die in der letzten Zeit passiert seien. Die Gesellschaft für Gewerbehygiene wurde aufgefordert, sich dieser Frage anzunehmen.

Am zweiten Tage wurden die Verhandlungen mit dem Thema „Gewerbliche Hörschulungen und ihre Verhütung“ fortgesetzt. Sanitätsrat Dr. Pesjer (Berlin) führte dazu aus, daß in der Gewerbehygiene des Ohres den wenigen gesicherten Tatsachen viele noch ungeklärte Probleme gegenüberstehen. Besondere Bedeutung gewinnt diese Frage noch dadurch, daß die an sich sonst körperlich gesunden Menschen, die mit Ohrenschmerzen behaftet sind, einer physischen Veränderung unterworfen sind. Ihr Verhältnis zu den Mitmenschen wird ein andres, sie schließen sich ab, werden mißtrauisch und dergleichen mehr. Wenn die in lärmenden Betrieben Arbeitenden auch vor Beschädigungen des Ohres nicht geschützt werden können, so kann man bei Auftreten der Beschädigungen ihnen doch manche Vorkünfte zuteil werden lassen. Die Darlegungen des Referenten, die durch zahlreiche Lichtbilder erläutert wurden, bezogen sich auf folgende Fragen: 1. Die ärztliche Erfassung der Anfangsstadien gewerblicher Gehörlosigkeiten durch Röntgen; 2. die Rolle, welche die Schallentlastungen im Sinne einer Beförderung oder Verhütung von Lärmgeschäden des Inneren Ohres spielen; 3. die Bedeutung des Krampfes der sogenannten Binnenmuskulatur des Ohres für die Entstehung gewerblicher Schwerhörigkeit und 4. welcher Einfluß dem Luftschall und dem Bodenschall für das Zustandekommen gewerblicher Schwerhörigkeit und Taubheit zukommt. Seine Vorschläge gingen dahin, in großen Betrieben regelmäßige funktionelle Hörschulungen vorzunehmen zu lassen und weiter die ohrenärztlichen Polikliniken in der gleichen Art ihr Krankentmaterial behandelnd zu lassen. Die Beteiligung der Gesellschaft Deutscher Ohrenärzte an diesen Bestrebungen ist sicher. Von der Gesellschaft für Gewerbehygiene verlangte er die Herausgabe eines Ohren-Merkblattes. Mit der Frage der Hygiene des Ohres habe man sich bisher nur in Deutschland befaßt, und es würde ein neuer Ruhmestitel für uns sein, wenn wir auf diesem Gebiete weitere Fortschritte zu verzeichnen hätten.

Die technische Seite dieses Problems behandelte Gewerbe-Dr. Maus (Münster i. W.). Zum Schutze der bei der geräuschvollen Arbeit beschäftigten Arbeiter seien Gegenmaßnahmen dringend notwendig. Dabei sei zu unterscheiden, ob die Geräusche und Erschütterungen durch Luftschall oder Bodenschall weitergegeben werden. Solche Maßnahmen seien: Verwendigung schalldämpfender Unterlagematerialien bei Handarbeiten, Abdämpfen der Werkstücke bei Maschinen konstruktive Verbesserungen dahingehend, Einbau von sogenannten Massenausgleichsapparaten, Isolierung der Maschinen zur Verminderung von Luft- und Bodenschall. Neben den bekannten Isolierstoffen (Zorf, Kork, Gummi, Filz) haben sich die Schwingungsdämpfer bewährt. Die heutige moderne Bauweise aus stark gebrauchten Ziegelsteinen, Beton und Eisenbeton begünstigen die Weiterleitung des Schalls. Die Durchführung der genannten Maßnahmen erfordern aber in erster Linie einen sozial eingestellten Unternehmer, dem die Gesundheit seiner Arbeiter ein wertvolles Objekt ist.

Die Ergebnisse dieser beiden Berichte wurden in eingehender Aussprache weiter verarbeitet; zahlreiche wertvolle Anregungen wurden gegeben, die von der Gesellschaft für Gewerbehygiene weiter verfolgt werden sollen. Im Anschluß an diese beiden offiziellen Themen wurden wohl zwanzig kurze Vorträge über neuere wichtigere Beobachtungen und Originalarbeiten auf gewerbehygienischem Gebiete gehalten. Aus den Darlegungen der Referenten ging hervor, welchen schweren gesundheitlichen Schädigungen die Arbeiter in den verschiedensten Industrien ausgesetzt sind, so daß die Arbeiter nicht oft und laut genug darauf hingewiesen werden können, diesen Dingen ihre größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es war erfreulich, feststellen zu können, daß die Zahl der Vertreter der Wissenschaft und der Medizin, die sich mit der Gewerbehygiene befassen, in stetem Wachsen begriffen ist. Weiter verdient hervorgehoben zu werden, in welcher offener und objektiver Weise die Redner ihre Darlegungen machten und durch Lichtbilder und Filme zeigten, welche großen und dankbaren Aufgaben auf dem Gebiete der Gewerbehygiene noch zu lösen sind im Interesse der wertvollen Bevölkerung des Reiches. Es ist daher zu erwarten, daß die Wiesbadener Tagung der Gesellschaft für Gewerbehygiene ein neues Mittel darstellt zur Förderung der Interessen für Fragen der gewerblichen Hygiene in Deutschland.

Berlin. Otto Höhn.

Arbeitslosigkeit und Kriminalität

Angeht die trostlose Lage breiter Massen erhebt sich die Frage: Kann es Staat und Gesellschaft gleichgültig sein, daß die Koster einer solchen Wirtschaftskatastrophe wie der heutigen einzig und allein auf die Arbeiterschaft in Form von Arbeitslosigkeit abgewandt werden? Und diese Frage ist zweifellos zu verneinen. Um lo mehr, wenn man bedenkt, daß Staat und Wirtschaft heute zwei unzertrennbare Begriffe sind, keiner ohne den andern zu denken. Vorausman folgern könnte, daß die deutsche Landwirtschaft

und Industrie Verpflichtungen, zumindest moralische, gegenüber Staat und Gesellschaft hätten. Allein schon darum, weil es ja gerade diese Kreise sind, die durch ihre katastrophale Wirtschaftspolitik die gesamte Volkswirtschaft erschüttert und zum Teil lahmgelegt haben. Ja, könnte! Es hat sich aber gezeigt, daß man sich bei sich jetzt nur verpflichtet gefühlt hat: Fremde- und andre Vordorganisations, Kapp-, Kitzinger usw. Putsch, die Subelpreffe vom Schläge Hugenbergs, Bacmeister usw. zu finanzieren, also Organisationen und Unternehmungen, die nicht nur staatsfeindlich, sondern auch moralisch höchst zweifelhaft sind.

Die Erfahrung zeigt nämlich, daß das Erwerbslosenproblem nicht so sehr von der politischen Radikalisierung der Massen als von der kriminellen Seite her langsam zu einer Gefahr für die Allgemeinheit wird. Wie wir sehen werden, steht als Möglichkeit für den einzelnen fest: Monatslange Erwerbslosigkeit ist das Sprungbrett in die soziale Welt; in das Verbrechen. Weber und Schiefinger, die beiden Eisenbahnentführer, Schröder, der Raubmörder und Überfall auf dem Gewissen hat, und die Menge teils schwerer, teils leichterer Delikte, die nicht an die Öffentlichkeit bzw. zur Aufklärung gelangten, sind bereite Zeugen dafür.

Und ist das gar so verwunderlich? Bedenken wir doch: Der Fall von Arbeitslosigkeit tritt ein. In den ersten vier bis acht Wochen ist gewöhnlich noch etwas von „Zerren“ da (Kleidung, Barmittel usw.). Was dann folgt, ist die Landfrage. Nicht so sehr die Romantik, als das Abenteuerliche derselben und eine schwache Hoffnung, unterwegs Arbeit zu finden. Eigne Familie (die in den meisten Fällen nicht da ist) und Elternhaus (wo es gern gesehen wird, wenn der Haushalt von einem „Miteßer“ entlastet wird) sind selten ein Hindernis. So steht der Weg auf der Landstraße offen, da man ja doch nichts zu „verlieren“ hat. So zieht denn das Gros in die Fremde, bar jeglicher Mittel, jeglichen Haltes. (Höchstens ein Bierlein aller „Walzbrüder“ sind gewerkschaftlich organisiert, bilden also eine Ausnahme, da sie je nach Verbandzugehörigkeit mehr oder weniger unterstützt werden.) Da man aber leben will, bleibt nur eine Möglichkeit: die Bettelerei. Und wer würde oder müßte das in gleicher Lage nicht tun? Aber gerade das ist das Verhängnis. Nicht, daß das nichts einbrächte. Im Gegenteil (abgesehen vom Neuling, der den „Xerx“ dazu noch nicht hat) leidet keiner Hunger; Tabak- und Alkoholkonsum sind an der Tagesordnung. Denn die breite Masse der Erwerbslosen, wo das meiste „gehoht“ wird, ist selbst in schlechten Zeiten eine sehr unversehbare Quelle. Sondern, daß sie keine Bettelmaschinen sind, daß manch einer zu tief in seinem Herzen noch einen Funken Ehrgeiz und Stolz unbewußt bewahrt, der bei irgendeiner Abweisung, Hohnung, Achtung, in irgendeiner depressierenden „Stimmung“ einmal entflammt: „Bei dem jedem ers bettelten Pfennig oder Stück Brot“ erlittenen Demütigungen, monatelang erduldet und ertragen, sind irgendwann einmal Anstoß zu einem inneren Konflikt. Und eines Morgens erwacht er mit dem Gedanken: „Ich geh' nicht mehr betteln; ich laß mich nicht mehr demütigen. Aber er muß, will ja leben. Folglich bleibt der Weg zum Verbrechen. Bekanntlich schießt man, wenn niemand dabei ist, braucht sich also nicht demütigen.“

So oder ähnlich mag der Weg Schröders, Schiefingers, Webers und der vielen Unbekannten gewesen sein. Die Möglichkeit ist für alle akut.

Es hat sich also gezeigt, daß direkte (Bettelerei) oder auch indirekte (Erwerbslosenfürsorge) Almosenwirtschaft der Mutterboden ist für das Verbrechen. So ist denn die Forderung zu erheben: Arbeit für alle, im Interesse aller! „Wirtschaftsankurbelung“, wenn es sein muß unter staatlichem Druck. — Es kann dem Staat nicht mehr gleichgültig sein, daß gewisse Kreise ihre Kapitalien in die gesamte Volkswirtschaft schädigender Weise verwenden.

3. Zt. auf der Walze. Arno Henrichel.

Zur Weltwirtschaftskonferenz

Die von allen Seiten begrüßte Anregung auf Abhaltung einer Weltwirtschaftskonferenz zur Besprechung dringender weltwirtschaftlicher Fragen scheint nunmehr ihrer Verwirklichung entgegenzugehen. In der Wölferbundversammlung vom 21. September wurde beschlossen, die Weltwirtschaftskonferenz in möglichst kurzer Frist einzuberufen. Das Bedürfnis nach ihrem baldigen Zusammenzutreffen wurde damit begründet, daß eine internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete dringender sei als je. Dieser Ansicht wird man uneingeschränkt zustimmen können. Mit wenigen Ausnahmen leiden fast alle, insbesondere aber die meisten europäischen Staaten unter den schwierigsten und ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Die dagegen unternommenen Maßnahmen haben den Nachweis erbracht, daß eine Sanierung dieser Verhältnisse nur auf internationaler Grundlage, durch eine Verständigung der Völker miteinander erfolgen kann, zu der die Weltwirtschaftskonferenz die Wege zeigen und ebnen soll.

Der Eintritt Deutschlands in den Wölferbund hat der Idee einer weltwirtschaftlichen Einigung einen neuen Impuls gegeben. Zweifellos sind nunmehr die Voraussetzungen hierfür bessere geworden. Schließlich wäre auch ohnehin die Abhaltung der Weltwirtschaftskonferenz nicht verhindert worden und die Beteiligung Deutschlands daran sichergestellt gewesen. Bei den engen weltwirtschaftlichen Verbindungen, die zwischen den einzelnen Nationen bestehen, läßt sich ein

Schizismenwolk wie das deutsche nicht beiseite schieben und ignorieren. Ein besonderes Ergebnis dürfte man aber unter solchen Umständen von der Konferenz nicht erwarten. Um hierfür eine brauchbare Grundlage zu schaffen, war die Aufnahme Deutschlands und die Anerkennung seiner Gleichberechtigung eine unabwendbare Notwendigkeit. Beides ist nun erfolgt, die gleichberechtigte Mitwirkung Deutschlands im Wölferbund wie auf der Weltwirtschaftskonferenz steht fest. Das geht nicht nur aus den Verhandlungen des Wölferbundes, sondern aus der Tatsache hervor, daß er den deutschen Vertretern aus besonderem Gebiet zur dauernden Berichterstattung alle Wirtschaftsfragen, darunter auch die Berichterstattung über die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, überwies. Dadurch ist für Deutschland die Möglichkeit geschaffen, an der Lösung wirtschaftlicher Fragen führend mitzuarbeiten.

Aber den Zeitpunkt für die Abhaltung der Weltwirtschaftskonferenz wurde noch nichts bestimmt. Bei der ungeheuren Fülle der von ihr zu behandelnden Fragen werden die Vorbereitungen dazu jedenfalls noch längere Zeit in Anspruch nehmen. In welchem Umfang die Konferenz diese Fragen zu lösen imstande sein wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Es wird gut sein, die hierauf gerichteten Erwartungen nicht zu hoch zu spannen, da sonst Enttäuschungen nicht ausbleiben können. Der hinter uns liegende Krieg hat die weltwirtschaftliche Struktur zu stark verändert und zwischen den einzelnen Staaten fast unüberbrückbar erscheinende Gegensätze zur Entwicklung gebracht. Nicht allein, daß der Friedensvertrag von Versailles eine Anzahl neuer Staaten entstehen ließ, und bis dahin einheitliche Wirtschaftsgebiete zersplitterte, haben viele Staaten, die für ihren Bedarf auf den Import der alten Industrieländer angewiesen waren, mit Hilfe von Schutzzöllen eigene Industrien hochgezogen, denen vom Standpunkt einer vernünftigen Arbeitsleistung jede Existenzberechtigung fehlt. Gleichwohl werden sie aufrechtzuerhalten gesucht, die Schutzollmauern immer höher aufgerichtet, um ein Eindringen der ausländischen Konkurrenz zu verhindern. Daneben ist aus jeder Zersplitterung ein fast unübersehbares Gewirr von Verträgen entstanden, die zurzeit die Grundlage des internationalen Wirtschaftsverkehrs bilden. Hinzukommen die Wirkungen des Dawes-Plans, der Deutschland zu Leistungen zwingt, die es nur in Waren zur Verfügung stellen kann, für die jedoch unter den dargelegten Umständen der Absatz fehlt. Weiter ruft die ungeheure Verschuldung der am Weltkriege beteiligten Staaten und die Schwächung der Kaufkraft ihrer Bevölkerung erhebliche Schwierigkeiten hervor.

Die Folgen dieses weltwirtschaftlichen Widerstins sind bekannt. Sie äußern sich jedem erkennbar in der Wirtschaftskrise, deren Wirkungen ganz besonders die arbeitende Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen. So entstehen auf aller Seite Widerstände, die sich einer Lösung der vorliegenden weltwirtschaftlichen Probleme entgegenstellen. Daß sie überwunden werden müssen, darüber herrscht wohl Einigkeit, nicht dagegen, wie es geschehen soll. Dazu sind die Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten und den dort maßgebenden kapitalistischen Interessengruppen zu groß. Sie fürchten eine Benachteiligung! Und doch kommt man bei nächster Betrachtung der bestehenden Verhältnisse nicht darüber hinweg, daß nur die Verständigung der europäischen Staaten über eine Verbesserung der Produktionsbedingungen, die Herbeiführung einer zweckmäßigen Arbeitsteilung, eines unbedingten Güterauslaufes und einer Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung eine Sanierung der Weltwirtschaft herbeiführen imstande ist.

Was sich hier im Rahmen der Weltwirtschaft abspielt, ist im Grunde nur eine Wiederholung der Kämpfe, die in dem früheren kleinstaatlichen Deutschland um die Einheit des Reiches und den Zusammenschluß der deutschen Länder zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet geführt wurden. Heute betrachtet man diese Einheitspolitik als eine Selbstverständlichkeit, und es erscheint schwer begreiflich, daß diese Kämpfe Jahrzehnte dauern konnten. Erst die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung machte ihnen ein Ende. Für deren Stand in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts genigte die Aufrichtung des Deutschen Reiches. Gegenwärtig reicht der nationale Rahmen für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Völker nicht mehr aus; er bedarf der internationalen Ausweitung. Schon vor einem halben Jahrhundert haben deutsche Sozialisten die Idee der Vereinigten Staaten Europas vertreten. Damals ersahen dieser Gedanke utopisch. Gegenwärtig ist er es nicht mehr! Seine Verwirklichung würde unter Einschließung Englands und Rußlands ein Wirtschaftsgebiet schaffen, das einer Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft weiten Spielraum bieten würde und daher als anzustrebendes Ziel betrachtet werden muß.

Noch sind wir nicht so weit, um auf eine nahe Verwirklichung dieses Zieles rechnen zu dürfen. Daß es aber nicht mehr als unerreichbar erscheint, beweisen die Stimmen aus allen wirtschaftlich interessierten Kreisen, die für eine europäische Foklonion und damit für die Niederlegung der die einzelnen Staaten abschließenden Zollmauern laut werden. Kommt es dahin — und die Notwendigkeit einer derartigen Regelung tritt immer gebieterischer auf —, so wäre damit eine bedeutungsvolle Position für die Erreichung des weiter gesteckten Zieles gewonnen. Daß schon die nächste Weltwirtschaftskonferenz eine dahingehende Lösung bringt, ist nicht vorauszusehen. So schnell entwickeln sich die Dinge nicht! Wohl aber sind die treibenden Kräfte dazu vorhanden und werden wie seither dahin tätig sein, eine den Bedürfnissen der Weltwirtschaft angepaßte Einigung der Völker und den

Wegfall der sie jetzt noch trennenden Grenzen herbeizuführen. Die organisierte Arbeiterkraft ist sich über die Notwendigkeit einer derartigen Einigung klar, hat sie doch durch ihre gewerkschaftlichen internationalen Verbindungen in weitestgehendem Maße dazu beigetragen, diese nach Kräften zu fördern. Ihr Interesse erfordert es, in diesen Bestrebungen nicht zu erlahmen, sondern sie ungeschwächt mit allem Nachdruck fortzuführen. So gesehen bildet die Konferenz den Anfang dazu, eine höhere wirtschaftliche Entwicklung in die Wege zu leiten und uns — wenn auch von ihren Urhebern ungewollt — der Verwirklichung des Sozialismus näher zu bringen. M a t t u a t a

Das Genossenschaftswesen

Die Bedeutung der genossenschaftlichen Geldwirtschaft

Vom Juni bis September d. J. haben die Tagungen der großen genossenschaftlichen Zentralverbände stattgefunden, welche in ihrer Gesamttätigkeit die deutsche Volkswirtschaft sehr weitgehend beeinflussen. Nicht nur in bezug auf die eigentlichen geschäftlichen Unternehmungen, sondern ebenso sehr, wenn nicht in höherem Maße, im Geldverkehr. In Betracht kommen hierbei die im „Freien Ausschluß der genossenschaftlichen Zentralverbände“ zu einer Art genossenschaftsparlamentarischer Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen großen Genossenschaftszentralen:

1. Zentralverband deutscher Konsumvereine mit 1100 Genossenschaften mit 3 1/2 Millionen Mitgliedern;
2. Deutscher Genossenschaftsverband mit 4000 Genossenschaften und 1 300 000 Mitgliedern;
3. Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften mit 26 000 Genossenschaften und etwa 2 Millionen Mitgliedern;
4. Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften mit 8759 Genossenschaften und etwa 1 200 000 Mitgliedern.

Außerhalb dieser Genossenschaftsorganisationen stehen noch eine Anzahl kleinerer Genossenschaftsverbände und Einzelgenossenschaften, die keinem Verband angehören. Ihre Mitgliederzahl ist auf rund 1 1/2 Millionen zu veranschlagen. Sonach handelt es sich um 1/3 bis 10 Millionen genossenschaftlich organisierter Familien, und wenn man bei der Unvermeidbarkeit der Doppelmittgliedschaft vor allem in den landwirtschaftlichen Organisationen 25 Proz. von der Gesamtsumme abzieht, so bleiben immer noch 8 Millionen Genossenschaftsmitglieder übrig, die organisatorisch eine außerordentlich starke Macht repräsentieren. In der genossenschaftlichen Organisationsform, die sich auf der Familie aufbaut, ist mithin die Hälfte der heutigen Bevölkerung Deutschlands zusammengeschlossen, was von keiner andern Organisationsform jemals erreicht werden kann.

So wichtig diese Tatsache an sich ist, die das universelle Wesen der Genossenschaften enthüllt, von entscheidender Bedeutung für die Volkswirtschaft ist die wirtschaftliche und finanzielle Tätigkeit der Genossenschaften, die Zusammenballung der 8 Millionen mittleren, kleineren und kleinsten Wirtschaftskräfte, die sich an die Mitgliederzahlen knüpfen. Der jährliche Warenverkehr geht in die Milliarden, und im besonderen läßt sich die Landwirtschaft ohne Genossenschaften kaum mehr vorstellen.

Aber neben dem Warenverkehr gibt es den Geldverkehr, der für die Privatwirtschaft in den Banken konzentriert ist. Und hier spielen die Zinsätze, die die Wirtschaft bezahnen muß, eine sehr große Rolle. Häufig eine viel größere als die Lohnerhöhungen, die die Gewerkschaften für ihre Mitglieder herauszuholen in der Lage sind. Und nicht umsonst hat Prof. Dr. Marx von der Handelshochschule Mannheim in seinem Gutachten über Bankzinsen von „Wucherzinsen“ gesprochen, was ihn allerdings beinahe erlittenlos gemacht hätte, weil die Privatbanken allmächtig sind.

Hier sind nun die landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften von außerordentlicher Bedeutung an sich und für die Allgemeinheit des Geldverkehrs und des Tributs, der den Banken zu zahlen ist. Sie spielen in dieser Lage die gleiche Rolle wie die Konsumgenossenschaften gegenüber dem Privathandel und einem Teil der Industrie. Verhindern diese als Preisregulatoren das willkürliche Anziehen der Warenpreise in den Gattungen, die sie ihren Mitgliedern vermitteln, so verhindern jene als Zinsregulatoren die willkürliche Verteuerung der Leihgelder, womit zugleich auch eine indirekte Beeinflussung der Warenpreise verbunden ist. Deshalb auch die Kreditgenossenschaften aller Art eine größere Bedeutung für die allgemeine Volkswirtschaft besitzen als gemeinhin bekannt ist.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist der genossenschaftliche Geldverkehr auch für die Verbrauchermassen von Interesse, denn er bedeutet rationalisiertere Geldwirtschaft. Zins besonders wenn man sieht, daß er schon einen sehr großen Umfang angenommen hat. So hatten die zwei landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände nach den kürzlich auf ihren Tagungen gemachten Mitteilungen im Jahre 1925 einen Geldumsatz von 35 Milliarden Mark, der Deutsche Genossenschaftsverband einen solchen von 21 Milliarden und die Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine von 1 1/2 Milliarden Mark. Insgesamt waren dies rund 60 Milliarden Mark, und wenn man nur eine Zinsersparnis von 2 Proz. pro Jahr annimmt, womit vor dem Kriege bestimmt gerechnet werden konnte, so bedeutet dies eine Minderbelastung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion von jährlich 40 Millionen Mark. Nimmt man

die Zinsregulierung auf dem allgemeinen Geldmarkt hinzu, so erhält man ein Vielfaches der genannten Summe als Ergebnis in der Volkswirtschaft, was einer vermehrten Wirtzufuhr im Wirtschaftskreis gleichkommt.

Daß die Tätigkeit der gewerblichen und landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften noch viel zu wenig beachtet wird, zeigt der Ausdruck eines Großindustriellen, der dem Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes gegenüber, als er von dem Umfang des genossenschaftlichen Geldverkehrs hörte, sagte: „Dann stehen ja die Genossenschaften an wirtschaftlicher Bedeutung neben den Großbanken!“

Es ist schon so: die genossenschaftlich konzentrierte Kaufkraft der Verbraucher Millionen bildet zusammen mit der genossenschaftlich konzentrierten Kapitalkraft der millionenfachen kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion einen mächtigen Hebel gesunder Volkswirtschaft, und die Tendenzen beider Genossenschaftsarten bilden — bewußt oder unbewußt — den mächtigen Eckstein einer sich frei entwickelnden Gemeinwirtschaft. ff.

Korrespondenzen

Berlin. (Handseker.) Am 18. September fand hier eine Zusammenkunft der Delegierten der Berliner Betriebe statt. Vertreten waren etwa 60 Druckerinnen, darunter fast sämtliche Großbetriebe. Der Gauvorstand hatte ebenfalls eine Vertretung entsandt. Kollege H a e d e l leitete als Einberufer die Vorgesprechung mit kurzen Worten ein. Er betonte die Notwendigkeit der Vorgesprechung, um die Stimmung der Kollegen für die Vorgesprechung zu lenken. In der Disziplin führte Kollege W i b e r c h t aus, daß es nicht richtig gewesen sei, diese Vorgesprechung ohne Genehmigung des Gauvorstandes einzuberufen. Dem wurde von der Versammlung lebhaft widersprochen und von den Einberufern festgehalten, daß es durchaus nicht die Absicht der Einberufer sei, den Gauvorstand zu übergehen. Dieser solle vielmehr bei der öffentlichen Handsekererversammlung, die in etwa vier Wochen stattfinden, eingeladen werden. Die Versammlung entschied jedoch dahin, daß eine sieben-gliedrige Kommission vor dieser Versammlung mit dem Gauvorstand in dieser Angelegenheit in Verbindung treten solle. Die Disziplin nahm, wie zu erwarten, einen ziemlich erregten Verlauf. Im allgemeinen wurde trotz manchem Zorn und Wider die Notwendigkeit einer Handsekeriparte betont und auch von den Delegierten gewünscht, jedoch solle erst die öffentliche Handsekererversammlung endgültig beschließen.

Süßberg i. Schl. (Drucker.) Am 22. August fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, zu der auch die Bezirksorte, die seit der Inflationszeit der Sparte fernsteht, eingeladen worden waren. Kreisvorsitzender K l e i n e r t (Breslau) gab einen eingehenden Bericht über den Druckerkongreß. Anschließend daran hielt Kollege K a m p f f einen technischen Vortrag über „Reibereifzugmaschinen“ mit praktischer Vorführung. Aufwendend waren 21 Kollegen, die den Rednern für ihre Ausführungen dankten. — Am Nachmittage fand ein kollegiales Beisammensein mit Familie im „Gerichtstreffkamm“ Straußplatz statt.

mtz. Kassel. (Vierteljahrsbericht.) Am 3. Juli feierte der Bezirksverein Kassel in Verbindung mit dem 60jährigen Verbandssubjubiläum sein diesjähriges Jubiläum in sämtlichen Fällen des „Stadtparts“, wobei Kollege W r a g m a n n als Festredner gewonnen war. Der 4. Juli vereinigten die Kollegen vormittags in der Bezirksversammlung, um den Bericht vom Verbandstag durch den Kollegen H e i n z e entgegenzunehmen. Vor dieser Versammlung wurde der erweiterte Zeitungsbetrieb der „Kasseler Post“ in seinem neuen Gebäude einer Besichtigung unterzogen. Der Nachmittag fand die Kollegen wieder im Stadtparkgarten-Kongreß zusammen. Alles in allem eine würdige Jubiläumfeier. — Der 7. August brachte uns in einer Versammlung wichtige Vorstandsmittelungen, Aufnahme von Mitgliedern, die Abrechnung des II. Quartals und einen vom Arbeitersekretär W a l d m a n n in II. gehaltenen Vortrag über „Die Neuregelung in der Sozialversicherung“, der viel des Beachtens bot. — Für den Monat September war keine Versammlung vorgesehen, aber mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen, und so kam es auch bei uns anders. Durch die plötzliche Abreise unseres Vorsitzenden Kollegen K a r l H e i n z e von Kassel war die Abhaltung einer Versammlung doch erforderlich. Diese fand am 8. September statt. Der erste Punkt bot uns wieder wichtige Vorstandsmittelungen. Zu Punkt 2: „Erhöhung des Geschäftsanteils bei der Bauhütte Kuchessen“, erläuterte Kollege H e i n z e die Beweggründe zu dieser Maßnahme in eingehender Weise. Hierzu entpinnn sich eine rege Diskussion, es gab viel Für und Wider, aber nachdem Kollege Heintze in seinem Schlusswort die gegnerischen Bedenken gestreut hatte, ergab die Abstimmung Annahme gegen eine Stimme. In der diesjährigen Märzversammlung hatte man, und zwar nur für Kassel, einen Extrabetrag von wöchentlich 50 Pf. zwecks Unterfertigung unfruchtbarer Kollegen beschloßen, und zwar rückwirkend ab 28. Februar. Bis zum Abschluß des III. Quartals sind 3437,20 M. ausbezahlt, ein restlicher Betrag kommt im Monat Oktober zur Auszahlung. Mit der Weiterzahlung bzw. weiteren Extraträgerleistung wird sich der Vorstand beschäftigen, um in der nächsten Versammlung einen diesbezüglichen Beschluß herbeizuführen. Sodann übergab Kollege Heintze die Funktionen des ersten Vorsitzenden dem zweiten Vorsitzenden Kollegen S. W i e g e n s t e i n für die Zeit bis 31. Dezember d. J. Kollege W i e g e n s t e i n nahm, nachdem die Musik den nun folgenden Abschiedsakt zu Ehren unseres scheidenden ersten Vorsitzenden, Kollegen K a r l H e i n z e, mit einem kühlen Marsch eingeleitet hatte, die Gelegenheit wahr, um in anerkennendster Weise dessen Verdienste hervorzuheben. Kollege H e i n z e dankte für die herzlichen Worte und das vom Bezirksverein gestiftete Geschenk. Vom Gauvorstand als auch von sämtlichen Ortsvereinen waren herzliche Schreiben eingelaufen, in welchen durchweg der Abgang unseres K a r l H e i n z e von Kassel tief bedauert wird.

Dankesworte für seine rege Tätigkeit wurden ihm auch von den einzelnen Spartenvertretern und der Graphischen Vereinigung gezollt. Da Kollege Heintze auch ein eifriger Singsänger war, trat auch die „Kasseler Typographie“ auf den Plan, um durch einige Lieber unsere „Karte“ zu ehren. Der Vorsitzende der „Typographie“, Fritz K n i p p e l feierte in seiner Rede den Kollegen Heintze als tüchtigen Singsänger und hob seine Tätigkeit als Gauvorsitzender im Arbeiter-Sängerbund besonders hervor. Er überreichte ihm als Andenken an Kassel eine ebenfalls mit Widmung versehene Statue, die „Büchermurm“ darstellend. Sodann folgten noch einige Gesänge und Musikstücke, bis uns die Polizeistunde den Heimmarsch vorschrieb. Es war eine wohlgelungene Fete. Auch von dieser Stelle aus nochmals Kollegen Heintze ein herzlichstes Lebwohl und ferneres Wohlergehen im neuen Wirkungskreis!

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Der Gesekollege G e o r g W a h n e r aus Nürnberg legte vor der Handwerkskammer in Nürnberg die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

Unbestellte Nachnahmensendungen eines Bilderbuchverlags. Nach uns vorliegenden Schriftstücken hat sich der Leipziger Bilderbuchverlag, Leipzig-N. 24, in letzter Zeit erlaubt, an Vertrauensleute unserer Organisation Bücher seines Verlags unter Nachnahme der Kosten abzugeben, ohne daß von den Adressaten eine diesbezügliche Bestellung an den Verlag gerichtet war. Es handelt sich hierbei um die gleiche Firma, gegen die sich schon vor kurzem der Verlag der Büchergilde Gutenberg im Inzeratenteil des „Korr.“ wegen unrechtmäßigen Gebrauchs des Namens der Büchergilde zu Klagezwecken wenden mußte. Es ist anzunehmen, daß der Leipziger Bilderbuchverlag unter Benutzung eines Adressatenverzeichnisses der Vertrauensmänner der Büchergilde Gutenberg seine Bestagwerke mittels unbestellter Nachnahmensendungen an den Mann zu bringen sucht. Gegen ein solch unfaires Geschäftsgebarren schickt man sich am besten, indem man derartige Sendungen bei Vorzeigen durch den Postboten nicht annimmt und auch von seinen Angehörigen (Eltern, Geschwistern, Frau, Kindern usw.) oder sonstigen Postabnehmern nicht einlösen läßt.

Vom Buchdrucker zum Theaterdirektor. Der Direktor des Berliner Hof-Theaters, Bernhard R o s e, ein ehemaliger Buchdrucker, konnte dieser Tage auf das zwanzigjährige Bestehen seiner Bühne der „kleinen Leute“ zurückblicken. Er selbst spielte in der Jubiläumsaufführung vor ausverkauftem Hause die Hauptrolle in der Berliner Feste „Erlische Arbeit“.

Reicher Profitieren in der Papierindustrie. Immer stärker werdender Papierbedarf im rheinisch-westfälischen Industriegebiet führte 1905 zur Errichtung der Papierfabrik Reisholz A.-G. in Düsseldorf. Das Unternehmen hat in der Folgezeit eine stetige Aufwärtsentwicklung genommen, die selbst in der Inflationszeit wenig gestört war, da — wie die „Düsseldorfer Lokaleszeitung“ bemerkt, der wir diese Angaben entnehmen — ein gutes Aufstadiumsgeschäft unter Berücksichtigung des Inlandsmarktes auch reichlich Devisen brachte usw. Auch für das letzte Geschäftsjahr, das am 30. Juni 1926 abschloß, kann die Verwaltung einen Jahresbericht vorlegen, der finanziell recht befriedigt, allerdings ist er nach wie vor äußerst knapp gehalten. Die fünf in der Papierfabrik Reisholz vereinigten Fabrikanlagen (in Reisholz, in Hensburg, in Aleters bei Hamburg, in Arnsberg und in Löhndorf an der Ruhr) stellen Rotationsdruckpapier bzw. Hilfsstoffe dafür her. Löhndorf wurde im März d. J. stillgelegt. Es wird in der Bilanz lediglich ein Geldebergnis ausgewiesen, Umsatz- und Erzeugungsziffern fehlen, die wichtig wären, weil man daraus die Rückschlüsse ziehen kann, wie sich heute der Verbrauch an Zeitungsdruckpapier entwickelt. Erfolgsrechnung und Bilanz zeigen im großen und ganzen daselbe Bild wie im Vorjahre. Der Betriebsergebnis lag auf 3,31 Millionen M. gestiegen (i. V. 2,87 Millionen M.). Generalanleihen ersterforderten 825 000 M. (i. V. 767 000 M.), die Steuern eine Kleinigkeit weniger als im Vorjahre, nämlich 804 000 M. (i. V. 894 000 M.), so daß ein Überschuß von fast 1,7 Millionen M. einschließlich des Vortrages verbleibt. Seine Verwendung hat der Verwaltung wohl allerhand Kopfzerbrechen gemacht, da bei 6 Millionen M. Stammkapital und 180 000 M. Vorzugsaktienkapital die sämtlichen Fabrikanlagen einschließlich des erheblichen Grundstücksbestandes im Vorjahre schon bis auf 4,85 Millionen M. abgeschrieben wurden, alle übrigen Konten auf 1 M. abgeschrieben sind und außerdem über 800 000 M. offene Forderungen ausgewiesen werden. Im Vorjahre waren für Abschreibungen 528 000 M., also rund 10 Proz. verwendet worden. In diesem Jahre werden mehr als die Hälfte des Gewinnes, nämlich 878 000 Mark auf Abschreibungen verwendet, so daß ein Bilanzmäßiger Reingewinn von 820 816 M. ausgewiesen wird, wovon 12 Proz. Dividende auf die Stamm- und 6 Proz. auf die Vorzugsaktien verteilt werden. Die diesjährige Abschreibung vermindert die Anlagekonten auf rund 4 Millionen M., so daß bei gleichbleibendem Geschäftsgang und gleichen Preisen und gleichen Produktionskosten die Fabrikanlagen in weniger Jahren ganz abgeschrieben sein werden und die Frage akut wird, ob statt 12 Proz. Dividende 20 Proz. oder 30 Proz. ausgeschüttet werden oder — endlich die Papierpreise des Syndikats herabgesetzt werden müssen. In diesem Jahre ist noch eine eigne Holz-Einkaufs-A.-G. in Finnland errichtet worden. Wie gegenüber anderen Syndikaten muß auch hier eine Kontrolle der Allgemeinheit über die Preis- und Produktionspolitik gefordert werden, um zu verhindern, daß das Papier Syndikat seine Profite zum Nutzen weniger Privatkapitalisten ins Riesenhafte steigert.

Der Arbeitsmarkt im August 1926. Wie das „Arbeitsmarktblatt“ in seiner Nummer vom 1. Oktober berichtete, trug des Bild der Arbeitsmarktentwicklung im August ein günstiges Gepräge. Es gewinnt den Anschein, als ob diese Gestaltung nicht mehr lediglich Auswirkung rein saisonmäßiger Jahresinflüsse darstellte, sondern auch schon leichte Anzeichen einer gewissen allgemeinen Besserung in sich birgt. Der Bestand an versicherungspflichtigen Mitgliedern der

Krankenkassen belief sich zu Beginn des Monats auf 13 861 636, zum Schluß auf 13 446 723; das bedeutet eine Zunahme um 85 087 oder + 0,6 Proz. (im Juli + 0,2 Proz.). Die Zahl der im Laufe des Berichtmonats bei den Krankenkassen gemeldeten Arbeitslosen ging etwas zurück, bei annähernd gleichbleibendem Stellenangebot. Am Monatschluß ergab sich gegen Ende des Vormonats bei den arbeitsfindenden Personen (2,15 Millionen) ein Rückgang um nahezu 5 Proz., bei den offenen Stellen (31 000) ebenfalls ein Rückgang um rund 9 Proz. Bei der Erwerbslosenfürsorge ging die Zahl der arbeitsfindenden Personen im August um 15. September weiter zurück. Unterstellt wurden am 15. August im ganzen 1 603 700 Wasserwerkslöse, am 1. September 1 548 127, am 15. September 1 488 623, so daß die zweite Augusthälfte eine Abnahme um rund 55 000 oder 3,5 Proz., die erste Septemberhälfte eine solche von 64 000 oder 4,2 Proz. ergab. In den Erwerbslosenlisten nahm die Kurzarbeit ab. Am 28. August waren von rund 3,4 Millionen durch die Statistik erfassten Mitgliedern 567 541 oder 16,7 Proz. (im Vormonat 17,7 Proz.) ohne Arbeit; 511 685 oder 15 Proz. (im Vormonat 16,6 Proz.) arbeiteten verfürzt. Über die Arbeitsmarktlage in der graphischen Industrie ergibt sich nach der reichhaltigen Statistik folgendes Bild:

Monat	Veränderung der deutschen Buchdrucker		Hilfsarbeiter		Graphischen Zentralverband		Gesamte Erwerbslosen	
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	
1925								
Januar	0,5	2,3	1,1	3,0	0,1	4,2	8,1	
Februar	0,2	3,1	0,9	2,4	0,1	2,7	5,3	
März	0,3	2,6	0,9	2,3	0,1	1,7	5,1	
April	0,4	2,1	0,7	2,5	0,2	0,9	4,0	
Mai	0,3	1,1	0,7	2,2	0,0	0,9	5,0	
Juni	0,8	1,6	0,8	2,3	0,2	0,8	5,2	
Juli	1,2	2,8	0,7	2,1	0,3	1,7	5,8	
August	1,4	3,2	1,7	3,0	0,5	3,5	6,9	
September	1,7	3,3	1,8	3,0	0,5	3,4	4,5	
Oktober	1,8	3,5	2,5	3,0	1,0	3,8	5,8	
November	2,0	3,2	3,5	6,5	0,7	6,8	10,7	
Dezember	4,1	7,0	6,1	11,9	1,5	9,7	18,4	
1926								
Januar	6,3	9,6	9,1	13,6	2,4	11,1	22,6	
Februar	6,2	10,5	10,1	14,5	2,4	10,7	22,0	
März	6,6	11,6	10,9	15,5	2,9	11,3	21,4	
April	6,5	10,5	11,0	16,8	2,9	16,0	18,6	
Mai	6,3	10,7	10,6	14,5	2,2	17,3	18,1	
Juni	7,9	9,6	10,7	16,9	2,0	18,3	17,2	
Juli	8,3	9,8	10,6	16,3	2,8	17,0	16,6	
August	8,2	9,9	11,0	17,6	3,0	10,1	16,7	

Vom Jugendherbergswejen. Aus einem auf dem kürzlich in Düsseldorf abgegebenen Deutschen Jugendherbergsstag erstatteten Bericht ging hervor, daß das Jugendherbergswejen in bester Entwicklung begriffen ist. Es sind rund 850 Ortsgruppen mit etwa 70 000 Mitgliedern vorhanden. Die Zahl der Jugendherbergen beträgt rund 2100. Das wesentlichste Merkmal ist die Entwicklung von der Hofbleibe aus den Anfangsjahren der Bewegung zum Eigenheim, das allen Anforderungen unserer Zeit entspricht und die Jugend in hohem Maße zum Wandern bringen wird. Die Zahl der Überlagerungen betrug im Jahre 1925 rund 1,5 Millionen, ein außerordentlich glänzendes Ergebnis bei der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage. Als sehr erfreulich ist die steigende Anteilnahme der Behörden, vom Reich bis zu den Gemeinden, zu buchen. Die Verbandszeitschrift erscheint in einer Auflage von 100 000, und von dem Reichsherbergsverzeichnis wurden 40 000 Stück abgesetzt. Aus der umfangreichen geschäftlichen Verhandlungen ging u. a. hervor, daß durch die vom Jugendherbergsverband im ganzen Reich veranfaßten Lotterien nicht weniger als zehn Millionen Lose verbreitet wurden, aus deren Ertrag mancher Ausbau des Jugendherbergsnetzes möglich wurde. Aus den eingehend besprochenen Säkularänderungen ist hervorzuheben, daß außer den Behörden auch den angefallenen Verbänden ein maßgebender Einfluß im Vorstand zuerkannt wurde. So sind also die hauptsächlichsten Gebelgeber auf der einen Seite und die wesentlichsten Benutzergruppen auf der anderen Seite vereint. Zweck dieser Änderung ist, in erster Linie ein viel engeres Zusammenarbeiten mit den großen Jugendverbänden herbeizuführen. Die Beiträge und Gebühren für 1927 bleiben auf der bisherigen Höhe.

Literarisches

Wienwertes für die Arbeiterschaft über die Esperanto-Bewegung. Gewissen ist im Reich der Arbeiterverbandsverbände für das deutsche Sprachgebiet eine 40 seitige Broschüre für Esperanto erschienen. Die Broschüre gibt Aufschluß über die Verwertung und Anwendung des Esperanto auf allen Gebieten, in der Wissenschaft, für Blinde, Arbeitervertreter, Pädagogen und usw. Außerdem enthält sie eine kurze Beschreibung der Entwicklung des Esperanto, die Geschichte der Arbeiterverbandsbewegung, eine vollständige Grammatik des Esperanto u. a. m. Die Broschüre ist zum Preise von 50 Pf. durch alle Ortsgruppen des genannten Bundes sowie direkt von dessen Geschäftsstelle in Reipatz O. L. Bahnhofsstr. 26, zu beziehen.

Die Kunst des Sprechens und des Vortragens. Von dem f. r. t. n. g. e. n. u. 200 Seiten. Preis vornehmlich gebunden 30 M. Diese Broschüre des Reichsverbandes der Arbeiterverbandsverbände ist eine wertvolle Hilfe für den Vortragenden. Sie enthält eine reiche Fülle von Gedanken in volkstümlicher Sprache und sowohl in freier Rede wie in feiner, gebundener Form zum Ausdruck bringen zu können. Wer nicht will in diesem Art nicht mit dem Vortragenden überein? Wer die überwältigende Macht des gewandten Wortes kennt, wird die Anweisungen eines gewandten und herrlichen Redners einmal getastet, der wird gewiß mit dem Gefühl der Bewunderung an ihm anknüpfen und den stillen Wunsch im Herzen tragen, auch so wie jeder werden zu können. Das es durch Studium und Praxis möglich ist, diese Kunst zu erlernen und zu fördern, wird meistens durch den Hinweis bestritten, daß Reden eine Wissenschaft ist, daß man Reden nicht lernen könne. Dessen Einwand begehret der Verfasser mit den Worten: „Der Menschliche redet will, muß geübt werden. Willenskraft und Entschlossenheit besitzen, um sich vor dem Gemüthlichen loszuretten. Energie gibt Bauderkeit.“ Und der Verfasser gibt in seinem Buche auch die Generalregeln an. Nach einer ausführlichen Behandlung der Form und Atemausnutzung folgt er in seinem Kapitel „Aufbau und Inhalt des Vortrages“ Reden“, welche Voraussetzungen für eine Rede oder einen Vortrag zu erfüllen sind. „Preis Reden bedingt vor allem freies Auftreten, ungenutztes, gewandtes, selbstbewußtes Reden.“ Jede Rede zerfällt in Einleitung, Hauptteil und Schluß. In jedem der drei Hauptteile gibt der Verfasser lehrreiche Beispiele und Anleitungen und behandelt dann den Aufbau einer Rede, d. h. die Herstellung der für nicht ganz sichere und

